

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 10. Dezember 1985

Blatt 3129

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan im 9. Bezirk

Nur

über FS: Vortrag: "Die Judenstadt im spätmittelalterlichen
Wien"

Neuer Flächenwidmungsplan im 9. Bezirk

Utl.: öffentliche Auflage

3 =Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Spitalgasse, Alser Straße, Gürtel und Lazarettgasse/Borschkegasse wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Er liegt vom 12. Dezember bis 9. Jänner während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14 - 16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf (Am 27. Dezember entfällt der Parteienverkehr).++++

Das Plangebiet ist 22 Hektar groß. Hier leben knapp 4.300 Menschen. Die Bezirksvertretung hatte beantragt, im Bereich zwischen Lazarettgasse, Pelikangasse, Mariannengasse und Brünnlbadgasse ein Erholungsgebiet zu widmen. Dies ist jedoch angesichts bestehender Servitute und Bestandsverträge nicht möglich, doch sieht der neue Plan nun für den unbebauten Teil dieser Fläche die Widmung Grünland/Parkschutzgebiet vor. Außerdem sind im Plan öffentliche Durchgänge in diesem Bereich enthalten. Um künftig Nachteile hinsichtlich Belichtung und Belüftung zu vermeiden, sowie aus Gründen der Stadtgestaltung sollen an Gebäuden, die an Verkehrsflächen liegen, die Baumassenstaffelung, die Errichtung von Erkern, Balkons, vorragenden Loggien und Staffelgeschoßen untersagt werden. Architektonische Gliederungselemente sollen jedoch weiterhin angebracht werden können. Überdies soll die Bebauungsdichte im Plangebiet verringert und die bauliche Ausnützbarkeit im Hofbereich größerer Baublöcke reduziert werden. Teilweise wird auch die gärtnerische Ausgestaltung freibleibender Hofinnenflächen vorgeschrieben. (Schluß) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

4 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde Dienstag unter den Vorsitz von GR. ARTHOLD (öVP) mit der Beratung über die Geschäftsgruppe "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" fortgesetzt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, im Stadtentwicklungsbericht, dem ersten nach dem Beschluß des Stadtentwicklungsplanes, werden "keine spektakulären Trendänderungen" angeführt. Tatsächlich sei jedoch die Idee der Weltausstellung, die von der FPö grundsätzlich als sehr gut angesehen wird, ins Gespräch gekommen, und daraus ergeben sich zahlreiche Konsequenzen, wie etwa die kolportierte Übersiedlung der Wiener Messe ins Donauparkgelände, die Vergrößerung des Praters und die Anlage eines Zentralbahnhofes. Nun gebe es bereits die Erklärung des zuständigen Stadtrates, daß der Donaupark nicht in Bauland umgewandelt werde. Hinsichtlich der Pratervergrößerung gibt es jedoch stark divergierende Vorschläge. Das Gelände des Nordbahnhofes sei denkbar ungünstig für einen Zentralbahnhof, weil dezentrale Bahnanlagen der Funktionalität der gewachsenen Stadt entschieden besser entgegenkommen.

Die Ereignisse rund um die "Sozialbau" bewiesen, so Pawkowicz, die Notwendigkeit einer genauen Kontrolle der öffentlich geförderten Wohnbauträger, wie etwa in der Steiermark.

In einem ANTRAG verlangt die FPö, die Vergaberichtlinien der Gemeindewohnungen so zu ändern, daß sozial unzumutbare Mieten ebenfalls den Vormerktatbestand erfüllen. In einem weiteren ANTRAG setzt sich die FPö für die Einrichtung einer Beratungs- und Beschwerdestelle für Mieter, Nutzungsberechtigte und Wohnungseigentümer in der MA 50 ein. Schließlich fordert die FPö in einem dritten ANTRAG, bei Neufestsetzung von Fluchtlinien den neugewonnenen Straßenraum nach Möglichkeit nicht nur für Straßenverbreiterungen und für die Anlage von Parkplätzen, sondern auch zur Schaffung zusätzlicher Grünflächen zu nützen. (Forts.)

and/rr

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

6 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) stellte fest, daß die Bundeshauptstadt Wien trotz des zunehmenden Fremdenverkehrs einen enormen innerösterreichischen Imageverlust erlitten habe. Wien gelte zwar nicht mehr wie in den 20er Jahren als "Wasserkopf" Österreichs, sondern wird vielmehr als Teil der Ostregion gesehen. Wien rückte damit im Gefühlsleben der Österreicher sozusagen ein Stück zur Seite. Von den Verantwortlichen müsse alles getan werden, damit Wien vor dem übrigen Österreich besser dastehe, damit es nicht nur administrative Zentrale bleibe, sondern wieder kulturelle und geistige Metropole werde.

Im Gegensatz zum innerösterreichischen Imageverlust wächst das Ansehen Wiens in den Nachbarländern konstant an. Wien könnte zur Metropole eines imaginären Mitteleuropas werden. Für Wien eröffnen sich heute Chancen und Aufgaben von historischer Dimension, erklärte Mauthe. Diese Entwicklung weiter zu fördern, müßte die Aufgabe einer eigenen Stadtaußenpolitik sein.

Dr. Mauthe stellte fest, daß in Wien eine Generation heranwächst, die über ein enormes geistiges, kreatives und kulturelles Potential verfügt, das auch durch junge Menschen aus den Bundesländern wesentlich angereichert wird. Es müßte Aufgabe und Bedürfnis aller Politiker sein, diese mögliche Kulturexplosion zur Jahrhundertwende zu fördern.

In Wien gebe es zahlreiche große Aufgaben zu lösen, sagte Mauthe, vor allem im Donaauraum. All diese Aufgaben eröffnen für Wien wahrhaftig eine städtebauliche Jahrtausendchance. Er fürchte sich nicht mehr für sich davor, daß diese Chance durch unzusammenhängende und planlose Großbauten vertan wird, sondern er hoffe für die Zukunft, daß die Vision Donaauraum Wirklichkeit wird, schloß Mauthe. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

7 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zukunft Wiens, stimmte Bürgermeister Helmut ZILK mit seinem Vorredner überein, könne nicht in der bloßen Addition bestimmter Aufgabenstellungen und in einem Konglomerat von Einzelereignissen bestehen. Es gelte die Vision von der Stadt im geistigen Aufbruch, die Aufgabe, mehr für die innerösterreichische Gesamtheit zu tun, diese "Jahrtausendchance" Wiens in einem durchdachten Konzept zu realisieren. Das Gemeinsame habe im Dienste Wiens und seiner Bürger voran zu stehen, die Bewältigung zukünftiger Probleme müsse durch ein Miteinander erreicht werden. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

8 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) sprach Stadtrat Dr. Mauthe seinen Dank für die jahrelangen, fruchtbaren Anregungen zur Stadtpolitik und Stadtgestaltung aus. Die Aufgabenstellung im Bereich der Stadtgestaltung sollte sich nicht nur auf Einzelprojekte beschränken. Busek bezeichnete die Rede von Dr. Mauthe als markant sowohl für dessen Leben als auch für die Stadt.

GR. Ing. SVOBODA (ÖVP) sieht eine verstärkte Stadtflucht als Gefahrenmoment für die Stadtentwicklung. Es sei eine Aufgabe der Stadtplanung und Stadtgestaltung, die Attraktivität der Stadt zu erhöhen. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist der Stadtentwicklungsplan. Die Bezirksentwicklungspläne bieten eine Möglichkeit, die Diskussion über Fragen der Stadtplanung innerhalb der Bezirke zu fördern. Der Stadterneuerungs- und Bodenbereitstellungsfonds hat durch die Grundstücksbeschaffung große Vorteile gebracht.

Stadtgestaltung betrifft auch eine aktive Gestaltung der Wohnumgebung. Das erfolgreiche Wiener Modell der Planung muß bei neuen Projekten weitergeführt werden, wobei das Hauptaugenmerk nicht nur auf Großprojekte, sondern auch auf eine stufenweise Planung und eine Einbindung der Bevölkerung zu legen sei.

In der Weltausstellung sieht Svoboda eine Chance zur kulturellen, wirtschaftlichen und technologischen Selbstdarstellung der Stadt Wien. Er zeigte sich erfreut über das weitgehend entspannte Verhältnis zwischen Architektenschaft und Stadt Wien.
(Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

9 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, mit der Stadterneuerung sei ein Qualitätssprung gelungen, der ganz allgemein zu mehr Urbanität, räumlichem Gestalten, besserem Zusammenleben von Menschen in einer Großstadt führt. Trotz unterschiedlicher Ansichten in Detailfragen bekennen sich beide großen Fraktionen zu den Zielen der Stadterneuerung. Die Frage der Qualität der Architektur gewinne immer mehr an Bedeutung, und die Wohnbauausstellung im Künstlerhaus habe bewiesen, daß eine sichtbare Qualitätsänderung auch in den Grenzen der Wohnbauförderung erreichbar ist. Der Bürger beteilige sich immer mehr an der Verantwortung auch für den städtischen Raum, und die überproportionale Funktion des Autos gehe zugunsten von Verkehrsberuhigung und Wohnstraßen zurück.

Bei einem großen Teil der geförderten Wohnungen sei festzustellen, daß er von der eigentlichen Zielgruppe nicht mehr finanzierbar ist. Es sei überlegenswert, wie der künftige wirklich soziale Wohnbau auszusehen hat. Ein zu großer Teil des Einkommens der Menschen werde zur Deckung des Wohnbedürfnisses benötigt. Dies zu ändern, sei eine der großen sozialen Fragen für die nächsten zehn, zwanzig Jahre; wobei es jedoch zu einem sofortigen gemeinsamen Handeln kommen müßte. Er, Petrik, sei optimistisch, daß die Frage der sozialen Gerechtigkeit des Wohnens in der Bundeshauptstadt gemeinsam gelöst werden kann. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Im kommenden Jahr werden rund fünf Milliarden Schilling für Hausreparaturen ausgegeben, erklärte GR. LUSTIG (SPÖ). In Wien habe man sich für eine Politik der sanften Stadterneuerung entschieden. Die Notwendigkeit dafür ist deshalb gegeben, weil 43 Prozent aller Wiener Wohnungen vor 1914 gebaut wurden und noch immer zu viele Wohnungen in Größe und sanitärer Ausstattung nicht den heutigen Anforderungen entsprechen.

Bei der Stadterneuerung ist es notwendig, daß auf die finanziellen Möglichkeiten der Bewohner Rücksicht genommen wird und es nicht aus spekulativen Gründen oder aus Kostengründen zu einer Absiedlung kommt. Durch verstärkte Kontrollen und mehr Mitspracherecht der Mieter müsse dies sichergestellt werden.

Ein besonderes Augenmerk müsse in diesem Zusammenhang auch der Wohnumweltsqualität zukommen, sagte Lustig. Vorrang habe die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen. Das Problem des Autoverkehrs muß gemildert werden. Dazu dienen die Bevorzugung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie der Bau von Garagen und Wohnstraßen. Dem Stadterneuerungsfonds komme bei all diesen Aufgaben eine Schlüsselstellung zu. Durch die Tätigkeit des Fonds konnte eine Reduktion der Bodenpreise um etwa 20 Prozent erreicht werden.

Lustig sagte, obwohl er mit der Novelle 1985 zum Mietrechtsgesetz nicht vollinhaltlich zufrieden sei, sei durch die Beseitigung der Zinsanpassungsklauseln doch ein entscheidendes Hemmnis der Stadterneuerung nunmehr ausgeräumt. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Im Gegensatz zur öVP sehe er die Stunde Null für die Gestaltung des Donaubereiches bereits im Jahr 1970, betonte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ). Er nehme aber mit Freude und Genugtuung zur Kenntnis, daß die öVP nun wieder zur Zusammenarbeit bereit sei. Allerdings stehe die Neugestaltung des Donaubereichs nicht am Beginn, sondern sei seit den 70er Jahren im Gange. Die öVP stimmte damals gegen den Bau der Donauinsel. Im übrigen werde auch die Frage eines zentralen Fernbahnhofs für Wien bereits seit 1945 diskutiert.

Zur Kritik über die Kontrolle der Bauträger in Wien, sagte Hofmann, er halte es für ein gutes Zeugnis für die Effizienz der Kontrolle, wenn Bauträger, die in Wien Probleme mit der Kontrolle haben, ihren Sitz in ein anderes Bundesland verlegen. (Forts.)

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

12 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) sieht in der Stagnation bei der Ausgabenentwicklung im Bereich der Sozialhilfe eine Diskrepanz zur Erhöhung der Flüchtlingshilfe. Auf dem Land Wien lasten mehr als 70 Prozent der gesamten diesbezüglichen Länderausgaben. Bis zum Jahresende sei daher ein bundesweiter Lastenausgleich erforderlich.

Als nächsten Problemkreis erwähnte Hirnschall den Mangel an Pflegepersonal. Zwar habe Stadtrat Stacher zugesagt, die Anzahl von 30 Jungärzten im Pflegedienst auf 60 zu erhöhen, eine weitere Aufstockung sei aber nicht möglich, da diesen Jungärzten nach sechs Monaten Pflegedienst ein Turnusplatz versprochen werde. Hirnschall erachtet eine Aufstockung auf mehrere hundert Dienstposten für notwendig, wobei nur eine begünstigte Reihung für Turnusplätze im Anschluß an den Pflegedienst zugesichert werden sollte.

Die ärztliche Versorgung außerhalb der Krankenhäuser sollte nicht den Krankenkassen überlassen werden. Hirnschall regte daher die Erstellung eines aktuellen Bedarfsplans an Ärztstellen an.

Bei der VAMED sehe er keine Probleme aufgrund des VOEST-Debakels, aber er hege den Verdacht, daß Baukosten für das SMZ-Ost vom Budget für das AKH abgezweigt werden könnten, schloß Hirnschall. (Forts.) du/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) wies auf die ungünstige Kostenentwicklung auf dem Gesundheitssektor hin, die natürlich teilweise in der medizinischen Entwicklung begründet sei. Es gelte jedoch, das Kostenbewußtsein bei den Bürgern zu wecken und in den Spitälern Sparmöglichkeiten zu finden und betriebswirtschaftliches Denken in die Organisation einfließen zu lassen. Nur eine organisatorische, strukturelle und finanzielle Totalreform der Spitäler könne eine Lösung für die Zukunft bringen. Auch beim AKH müsse man sich überlegen, welchen Weg man in Zukunft gehen wolle, um allen Aufgaben von der medizinischen Versorgung bis zur Lehre und Forschung gerecht zu werden, die an dieses Spital gestellt werden. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

14 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit dem Neubau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost erläuterte GR. SCHIEL (SPÖ), es werde dadurch zu einer deutlichen Entlastung des Krankenhauses Floridsdorf, der Rudolfsstiftung, aber auch des Kaiser-Franz-Josefs-Spitals kommen. Hier werden die Vorteile des Zentralbaues mit jenen des Pavillonsystems verbunden.

Der Umbau des Sophienspitals zu einem Pflegeheimzentrum habe bereits begonnen, führte Schiel aus und berichtete, daß im Sophienspital auch eine Station für Rehabilitation und ein Geriatriisches Tageszentrum Platz finden werden. Er bedauerte, daß sich die öVP gegen die Umwidmung in ein Pflegezentrum ausgesprochen hat.

In Wien mit 23,5 Prozent aller Spitalsbetten werden 34,22 Prozent aller österreichischen Spitalsspitzenleistungen erbracht. Jeder Wiener zahlt 460 Schilling für die Behandlung von Nicht-Wiener Patienten, betonte Schiel. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

15 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP) führte aus, daß jeder vierte Wiener über 60 Jahre alt ist. In Österreich sind 1,5 Millionen Menschen über 60. Im Jahr 2015 werden es bereits 1,8 Millionen sein. Deshalb müssen für die nächsten Jahrzehnte Überlegungen angestellt werden, in welcher Form den immer mehr werdenden alten Menschen ein würdiger Platz in unserer Gesellschaft vorbereitet wird. In Wien gebe es eine große Anzahl von guten Einrichtungen wie Pensionistenheime, den Wäschepflegedienst, Essen auf Räder, Pensionistenklubs usw. Es muß aber auch danach getrachtet werden, daß für alte Menschen die Möglichkeit besteht, ihren individuellen Lebensstil beizubehalten.

Viele Familien wären dazu bereit, ihre alten Menschen selber zu pflegen und zu versorgen, würde man ihnen eine entsprechende Hilfe zur Seite stellen. Fleming stellte daher den ANTRAG, die entsprechenden finanziellen, personellen und organisatorischen Bedingungen für die Schaffung einer echten Hauskrankenpflege vorzusehen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

16 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Einen Forderungskatalog zur raschen Änderung der prekären Frage Personalsituation in den Wiener Spitälern präsentierte StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Die ÖVP trete für

- o flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit des Pflegepersonals,
- o mehr Teilzeitbeschäftigte im Pflegeberuf,
- o den Einsatz von Medizin-Promoventen auf freiwilliger Basis in Spitälern,
- o eine neue zusätzliche Krankenpflegeschule,
- o die ganzjährige Öffnung des Kindertagesheimes im AKH,
- o eine dezidiertere Trennung von Pflege- und Verwaltungstätigkeit,
- o die Errichtung eines "Springerinnen-Pools" für Personalengpässe
- o und die Gewährung einer temporären Mehrdienstentschädigung ein.

Weitere Wünsche der ÖVP-Fraktion: eine adäquate Ausbildung und gestetzte Verankerung für den Altenpfleger-Beruf, verstärkte Aufklärung und Information im Bereich der Gesundheitsvorsorge und mehr Beschäftigungstherapeuten für die Rehabilitation. Zum Sozialhilfegesetz erklärte Hampel-Fuchs, sie hoffe auf rasche und effiziente Verhandlungen über einen gesamtösterreichischen Flüchtlingsfonds. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) bezeichnete ein innerstädtisches Pflegeheim im Sophienspital als absolut wünschenswert. Die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen würden selbstverständlich getroffen.

Die Rehabilitation alter Menschen wird von der Krankenkasse nicht getragen und sollte in den Bereich der Sozialhilfe fallen. Es gebe allerdings jetzt bereits einen speziellen Pavillon in Lainz, und auch die Bettenstationen in den Pensionistenheimen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Rehabilitation alter Menschen. Weiters sei ein Kurzzeit-Pflegeheim im Sophienspital geplant.

In Wien gibt es rund 300.000 alte Menschen über 65 Jahre. Forster betonte die große Bedeutung der sozialen Dienste für diese Altersgruppe. Es sei allerdings auch im Sinne einer optimalen Sozialpolitik, die Versorgung durch Familie und Nachbarn zu fördern und somit die gewohnte Umgebung für die alten Menschen zu erhalten.

Zur Steigerung des Sozialbudgets bemerkte Forster, daß diese aufzusätzliche Leistungen, wie z.B. Erhöhung der Mietbeihilfe oder Ausbau des dichten sozialen Servicenetzes zurückzuführen sei.

(Forts.) du/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) bezeichnete die Armut in Wien als reales Problem, dem eine Stagnation im Sozialbereich in Wien gegenüberstehe. Verschiedene Zahlen und Fakten wie der Anstieg von Delogierungen und nicht bezahlten Energierechnungen, aber auch die steigende Arbeitslosigkeit vor allem bei den Jugendlichen seien die Indikatoren einer steigenden Armut in Wien. Anstatt jedoch eine soziale Kommunalpolitik zu betreiben, verteile die Stadt Wien nur Almosen an die Ärmsten, wobei auch hier noch mit der Novellierung des Wiener Sozialhilfegesetzes ein Beispiel für unsoziale Gesinnung gesetzt worden sei. (Forts.)
gab/rr

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPö) stellte fest, daß die Sozialpolitik seit Julius Tandler in Wien einen hohen Stellenwert besitzt. Er betonte, in Österreich werde sehr viel für die Familien getan, und verwies auf Mängel im Sozialsystem konservativ regierender Länder. Gleiches gelte auch für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Der ÖVP warf Lacina vor, in ihrem Bereich zu wenig für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Die SPö hingegen habe entsprechende Programme realisiert. Die Pensionsdynamik sei der SPö zu verdanken, und in Wien werde jährlich mit dem Bau von zwei neuen Pensionistenheimen begonnen. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) In Österreich betrage die Arbeitslosigkeit nur auf dem Papier zwischen vier und fünf Prozent, de facto liege sie jedoch zwischen acht und zehn Prozent, erklärte GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). In Wien werde jeder vierte Schilling für den Bereich Soziales und Gesundheit ausgegeben. Das Budget 1986 sei wiederum nur eine Fortschreibung der Bekämpfung von Armut und Not, enthalte aber keine Ansätze für eine Bekämpfung der Ursachen.

Die geringe Beteiligung an den Gesundenuntersuchungen komme einem Versagen dieser Einrichtung gleich. Es sei daher notwendig, Form und Inhalt dieser Untersuchung neu zu überdenken und die Organisation zu verändern, sagte Schlick.

Weiters forderte sie die noch ausstehende Durchführungsverordnung zur Schaffung von Ausbildungs- und Lehrpraxen für Jungärzte sowie die Überprüfung der Liste mit Jungärzten, die auf einen Ausbildungsplatz warten, durch eine unabhängige Kommission. Schlick brachte einen entsprechenden ANTRAG ein.

Weitere ANTRÄGE betrafen eine internistische Betreuung rund um die Uhr in all jenen Spitälern, in denen chirurgische Eingriffe vorgenommen werden, sowie einen Jahresbericht über die Erfahrungen, die mit den beiden Kostenrechnungsmodellen in zwei verschiedenen Krankenhäusern gemacht wurden. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die sozialistische Gesundheitspolitik, erklärte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), beruhe auf den Prinzipien:

- o der Vermeidung von Krankheit,
- o Kranke nicht als Objekte für die Erzielung von privaten Gewinnen zu sehen,
- o der Integration chronisch Kranker in ihrem normalen Lebensumfeld
- o und dem Verständnis für die Nöte kranker Menschen, statt ständiger Kostendiskussionen.

Zur Stagnation bei der Ausgabenentwicklung im Bereich der Sozialhilfe sagte Stacher, daß z. B. auf dem Mietbeihilfensektor die Kosten gesunken seien. Zum Problem der Jungärzte im Pflegedienst erklärte Stacher, daß derzeit 120 Jungärzte pro Jahr in Wien eingesetzt werden. Sämtliche Schwesternorganisationen hätten sich aber gegen diese Regelung, die er, Stacher, für medizinisch günstig halte, ausgesprochen. Die Erstellung eines aktuellen Bedarfsplanes sei nach Rücksprache mit der Ärztekammer bereits in Auftrag gegeben. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bereich der Rehabilitation komme im medizinischen Bereich sicher immer noch zu kurz, doch sei dies in erster Linie Aufgabe der Sozialversicherung, erklärte Stacher. Für eine medizinische Prophylaxe sei die Ursachenforschung grundlegend, dann erst könne die Vorsorgemedizin greifen. Zum Antrag der ÖVP betreffend die Durchführungsverordnung für die Einrichtung von Lehrpraxen erklärte Stacher, dazu sei eine Änderung des Bundesgesetzes nötig. Zur Warteliste der Turnusärzte betonte er, diese liege seit Monaten offen auf. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) gab seiner Bestürzung darüber Ausdruck, daß StR. Stacher keine Stellungnahme zum ÖVP-Antrag auf einen Heizkostenzuschuß abgegeben habe.

Dazu betonte GR. DINHOF (SPö), daß die Dauersozialhilfebezieher ohnehin einen Heizkostenzuschuß in der Höhe von 1.000,- Schilling bekommen werden. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

24 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) nahm zur Jugendpolitik der Stadt Wien Stellung. Prochaska anerkannte, daß sich in den Jugendzentren der Stadt Wien gute Strukturen und Organisationsformen entwickelt hätten, äußerte jedoch Vorbehalte gegen die Zeitschrift "Eisbrecher", die teilweise einen Gossen-Jargon forcieren, der pädagogisch äußerst bedenklich sei. Schließlich wandte sich Prochaska auch gegen die Zweckentfremdung von Geldern aus dem Familienlastenausgleichsfonds. Bei aller Gesprächsbereitschaft in verschiedenen Teilbereichen der Jugendarbeit gebe es doch grundsatzpolitische Differenzen, betonte Prochaska. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Man müsse anerkennen, daß sich die Arbeit in den Jugendzentren laufend ändern muß, erklärte GR. Dr. HAUPL (SPö). Nach der quantitativen Expansion müssen nun neue Anforderungen berücksichtigt werden. Dafür sei ein Konzept zu erstellen.

Zur Zeitschrift "Eisbrecher" erklärte Häupl, er bedauere es, daß die aus den Beiträgen ablesbaren Probleme nicht von den Heim-Mitarbeitern mit den Jugendlichen aufgearbeitet wurden. Er sei bereit, über die Beiträge, vor allem aber auch über die dahinterstehenden Anliegen zu sprechen, lehne es jedoch ab, eine Zensur auszuüben. Bei der Neukonzeption für den "Eisbrecher" müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß die Probleme der Jugendlichen leider viel zu wenig aufgegriffen wurden und die gesellschafts-politische Auseinandersetzung zu kurz gekommen sind. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Verschiedene Neuerungen für das berufsbildende Schulwesen forderte GR. HELMER (ÖVP). Durch den raschen Strukturwechsel in der Wirtschaft gebe es in diesem Bereich einen enormen Aufholbedarf. Die Lehrpläne müssen den heutigen Erfordernissen angepaßt, und die Klassenschülerhöchstzahl soll gesenkt werden. Außerdem sei eine bessere Ausstattung der Berufsschulen notwendig.

Helmer urgierte eine spezielle Begabtenförderung nach internationalem Vorbild. Abschließend forderte der Redner objektive Kriterien bei der Neuanstellung von Lehrern sowie bei der Ernennung von Schuldirektoren. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Wichtige Akzente bei der Entlastung der Familien, meinte GR. Leopoldine PFAUSER (SPö), seien die Vollversorgung mit Kindertagsheimplätzen für 3- bis 6jährige, die Schaffung neuer Krippenplätze für Ein- bis 3jährige, die Ausweitung des ambulanten Beratungsnetzes des Jugendamtes und eine weitere Absenkung des Prozentsatzes an Heimkindern. Pfauser verwies in diesem Zusammenhang auf das umfassende Beratungs- und Betreuungsangebot des Jugendamtes, wie Kindertelefon, Street-Worker, Intensivbetreuungsstellen, sozialpädagogische Beratungsstellen usw. Die verschiedenen Beratungen dürften nicht isoliert gesehen werden, sondern müßten die gesamte Familie umfassen. Abschließend wies Pfauser auf eine in Auftrag gegebenen IFES-Untersuchung über die Lebenssituation von Wiener Familien hin, die die Arbeit des Jugendamtes in der Zukunft bestimmen wird. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte generell die sozialistische Bildungspolitik und warnte vor einer Gleichmacherei. Nur differenzierte Schulsysteme könnten auf Begabungen entsprechende Rücksicht nehmen. Die Einheitsschule sei den Menschen nicht gemäß und daher ungerecht. Die Familienpolitik müßte geändert werden, um eindeutigen marxistischen Tendenzen entgegen zu wirken. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Aktionen des Jahrs der Jugend haben eingeschlagen, sagte GR. STRANGL (SPÖ). Ein Osterwochen-Ferienspiel wird von der Stadt Wien finanziell unterstützt, jedoch nicht selbst durchgeführt werden. Zum Thema "Offene Schule" meinte Strangl, es komme nicht so sehr auf die Meinung der ÖVP dazu an, sondern auf die Bewertung durch die Eltern, und diese zeigen großes Interesse für diese Schulform. Hinsichtlich der Berufsschulen erklärte Strangl, wenn zusätzliche Aufgaben herangetragen würden, müsse man auch über eine Erweiterung der Schulzeit sprechen. Die Jugendzentren haben eine sozialpädagogische Aufgabe, sagte Strangl weiter. Die Volkshochschulen können die an sie gestellten, geänderten Aufgaben erfüllen und bieten ein entsprechend angepaßtes Programm. Strangl berichtete, daß die Modeschule der Stadt Wien nun eine vermehrte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Modebranche anstrebe. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

30 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Sie werde sich, erklärte StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), wie schon bisher weiter für eine ausreichende Subventionen für die Jugendorganisationen einzusetzen, da diese einen außerordentlich wichtigen Bereich der außerschulischen Jugendbetreuung abdecken. In Anbetracht der zunehmenden Freizeit komme den Jugendorganisationen, was die Bildungsarbeit und die Anregung zur sinnvollen Freizeitgestaltung betrifft, besondere Bedeutung zu. Man werde neuen Modellen und Aktivitäten aufgeschlossen gegenüberstehen, erklärte Smejkal.

Die Stadt Wien habe sich immer zur Institution der Familie bekannt, was die zahlreichen Maßnahmen zur Beratung, Betreuung und Unterstützung von Familien beweisen. Trotzdem müsse ständig weitergearbeitet werden, um den geänderten Bedingungen gerecht zu werden. So müßten z.B. gesetzliche Maßnahmen diskutiert werden, um die Situation von Alleinerziehern zu verbessern.

Man werde das Internationale Jahr der Jugend in Wien nicht mit dem Jahr 1985 beenden, sondern die heuer initiierten Aktivitäten und Aktionen weiter fortsetzen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bauten

31 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAUBENBURGER (öVP) kritisierte das Verkehrskonzept der Stadt Wien. Es sei im Bereich der Beschleunigung von Straßenbahnen und Bussen sowie bei der Verkehrsüberwachung und der Reparatur der Straßen nur zögernd in Angriff genommen worden. Darüber hinaus stimmen die Prognosen, z.B. über den Kfz-Bestand, nicht mehr mit der tatsächlichen Entwicklung überein. Ein sinnvolles Straßenreparaturprogramm erfordere einen Zustandsbericht der Gemeindestraßen sowie auch tatsächlich einzuhaltende Zeit- und Kostenpläne für Reparaturarbeiten. Weiters kritisierte er die niedrigere Budgetierung für den Ausbau der Radwege. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bauten

32 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HONAY (SPö) stellte fest, daß beim komplexen Bereich der Planungsmaßnahmen im Straßenbau die Mitwirkung der Bevölkerung notwendig sei, um auch so unterschiedliche Aspekte, wie z.B. Parkplätze und Radwege, zu berücksichtigen. Zu den bedeutendsten Bauvorhaben für 1986 zählen u.a. der Teilbereich der A 22 Reichsbrücke-Knoten Kaisermühlen, die Verbreiterung des Verteilerkreises Favoriten und die Weiterführung des Ring-Rund-Radweges. Weiters sind u.a. der Ausbau von Ampelanlagen und der Bau von Lärmschutzwänden geplant, die auch optisch ansprechend gestaltet werden sollen.

Es sei zu beachten, daß die Budgetmittel nicht nur für Bauvorhaben, sondern auch für die Instandhaltung verwendet werden, schloß Honay. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bauten

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (öVP) forderte die Verwirklichung eines Garagenkonzeptes. Die Rücklagen aus der Parkometerabgabe betragen bereits 300 Millionen Schilling, sagte Hahn. Auf dem Gebiet des Garagenbaues gebe es jedoch nur Ankündigungen wie etwa bei der Freyunggarage oder bei der Albertinagarage. Eine gewisse Hoffnung bestehe wenigstens für den baldigen Bau der Heldenplatzgarage, die vor allem auch für die Touristen sehr wichtig sei. Weiters forderte Hahn die baldige Verwirklichung eines Park-and-Ride-Konzeptes, die Schaffung von LKW-Parkplätzen und die Entwicklung von Volksgaragen für die dichtbebauten Bezirke. Zur Verbesserung der Lage der Bauwirtschaft bedürfe es verstärkter Aktivitäten im Wohnbau und in der Altstadtsanierung. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bauten

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KREMNIETZER (SPö) berichtete, daß das Bautenressort dreidreiviertel Milliarden Schilling verwalte. 320 Millionen davon entfallen auf den Neubau des Krankenhauses im SMZ-Ost. Kremnitzer betonte die Bedeutung dieses Bauwerkes für die Stadtteile nördlich der Donau. Weitere wichtige Projekte betreffen Umbauten in Spitälern, Neubauten von Kindertagesheimen und nicht zuletzt die Errichtung des Hohe-Warte-Bades. Von diesem Ressort werden Schulrenovierungen und auch der Umbau der Feuerwehr-Nachrichtenzentrale betreut.

Mit Genugtuung registrierte der Donaustädter Mandatar die Gründung der Wiener Bundesstraßen-AG, die die Donauuferautobahn und die A 24 realisiert. Zusammen mit den Arbeiten für B 3 und B 8 wird der Ausbau des hochrangigen Straßennetzes in diesem Bereich damit abgeschlossen werden können. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bauten

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) befaßte sich in seiner Wortmeldung mit Straßenbauvorhaben im Bereich der Stadt Wien. Er kritisierte, daß in der Bundesstraßengesetzesnovelle zu wenig auf den Umweltschutz und auf die Bedürfnisse des städtischen Bereiches Rücksicht genommen wurde. Die bisherige Tätigkeit der Bundesstraßenplanungs- und Errichtungsgesellschaft vertiefte seine seit deren Gründung bestehende Skepsis. Es sei zu befürchten, daß diese Gesellschaft nicht dazu beitragen werde, daß Straßenbauvorhaben künftig schnelle und koordinierter durchgeführt werden. (Forts.) lei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bauten

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1986, erklärte Bautenstadtrat RAUTNER in seinem Schlußwort, zeige wesentlich bessere Ansätze als in den letzten Jahren.

Zum Debattenbeitrag von GR. HAUBENBURGER sagte Rautner, man sehe sich durch die ständig steigende Zahl von Kraftfahrzeugen, derzeit sind es in Wien 600.000, Problemen, vor allem was den ruhenden Verkehr betreffe, gegenüber. Ampelsignalanlagen, eigene Gleiskörper usw. hätten aber eine Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs bewirkt, die in den nächsten Jahren fortgesetzt werden müsse. Den Umfang der Tätigkeit im Verkehrsbereich zeigen auch die über 10.000 Verkehrsverhandlungen dieses Jahres. Für Radwege, sagte Rautner, sind neun Millionen Schilling budgetiert.

Ein Straßenzustandsbericht sei für den 20., 21. und 22. Bezirk bereits fertiggestellt. Bei Reparaturarbeiten werde man manchmal durch Witterungseinflüsse behindert. Zum Verkehrskonzept führte Rautner aus, daß es eine flexible Handhabung verlange. Es sei eine Richtlinie, die jeweils an die Gegebenheiten angepaßt werden müsse.

Das Konzept für den Bau der Heldenplatzgarage sei bereits fertig, die Bauarbeiten könnten im Frühjahr 1986 beginnen. Die zu diesem Zeitpunkt stattfindende KSZE-Konferenz soll aber nicht beeinträchtigt werden, deshalb überlege man eine Verlegung des Baubeginns. Zu der Schaffung von LKW-Abstellplätzen sagte Rautner, daß die Wirtschaft diesen nicht positiv gegenüberstehe.

Zur Arbeitsmarktsituation im Baugewerbe merkte Rautner an, daß sich die Situation in Wien wesentlich besser darstelle als im Bundesdurchschnitt.

Die Sitzung wurde um 20.55 Uhr unterbrochen und wird morgen, Mittwoch, fortgesetzt. (Schluß) je/gg

NNNN